

## **Resolution der Vollversammlung des KLRÖ 2017**

Die Vollversammlung des KLRÖ verlangt von der Bundesregierung, im Besonderen von Bundeskanzler Dr. Kern, dass die genannte Senkung der Lohnnebenkosten nicht auf Kosten der Familien durchgeführt werden darf. Sie soll nicht durch eine Halbierung der Einnahmen für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) erreicht werden. Dass, wie vorgeschlagen, drei Milliarden Euro weniger Einnahmen für den Familienlastenausgleichsfonds pro Jahr keine Leistungskürzungen für die Familien bedeuten, erscheint unglaubwürdig. Daher ist der Vorschlag kurzsichtig, unsolidarisch und familienpolitisch nicht vertretbar. Er passt nicht zu dem Ziel, Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas zu machen.

Der KLRÖ fordert die Garantie, dass die Leistungen des FLAF auch in Zukunft ungekürzt ausgezahlt werden können. Darüber hinaus geht es auch noch um eine regelmäßige indexangepasste Anhebung der Familienbeihilfe.